



www.bb-goettingen.de

Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

Manches ändert sich nie. Und so beglückt uns wie jedes Jahr auch 2006 der Januar mit den Wahlen zu den Uni-Gremien. Das erscheint manchen nervig, weil überall aufdringliche Menschen mit Werbematerial herumstehen. Andererseits birgt das auch Chancen. Denn das, was in den Gremien passiert, ist nicht unwichtig - ganz im Gegenteil. Dort entscheidet sich zu nicht unerheblichem Maße, ob und was gegen die anstehenden Verschlechterungen an den Hochschulen getan wird.

Damit ihr auch wisst, wofür wir stehen, gibt es diese Zeitung. Darin finden sich Einschätzungen und Stellungnahmen zu unterschiedlichen Themen, die für studentische Politik gerade wichtig sind. Dass die Texte dabei manchmal etwas umfangreicher geraten, sehen wir dabei im Gegensatz zu unserem Unipräsidenten als etwas Positives an: Während er ganze Fachbereiche zur Schließung vorschlägt, weil dort seiner Meinung nach die ganze Zeit nur Bücher gelesen würden, nehmen wir uns die Zeit und den Platz, einen Gedanken auch mal gründlich zu Ende zu denken. Und das geht eben nicht immer im Rahmen von Bildzeitungs-Kolumnen.

Gleich zu Beginn gibt es neues über die Kürzungspläne der Unileitung (S. 1 und 2), sowie den Stand bei Studiengebühren (S. 2) und der Bachelor-Einführung (S. 3). In diesem Zusammenhang haben wir uns ganz grundsätzlich über die Bedeutung von kritischen Wissenschaften (S. 4-5), sowie Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse unter Studierenden (S. 6-7) Gedanken gemacht. Und was wir unter „Basisdemokratie“ verstehen findet ihr auf S. 7 festgehalten.

Der 2. Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist ein Überblick über die aktuellen Debatten rund um das Geschlechterverhältnis - auch aber nicht nur an der Uni. Als Einstieg gibt es einen Überblick über die Grundbegriffe zur Kritik der Geschlechterverhältnisse (S. 8 - 9), einen Text über Sprache als (männliches) Herrschaftsinstrument (S. 8 - 10) sowie eine Kritik am „Gender-Mainstreaming“ (S. 10 - 11).

Also, nicht vergessen: Zwischen dem 17.1. und dem 20.1.05 ist Uni-Wahl. Hingehen und "Liste 2" wählen!

Das Einmaleins der Töpfchenbildung



So langsam verdichtet sich eine neue Strategie des Präsidiums. Vielleicht überrascht vom großen Druck der Öffentlichkeit gegen die gezielte Zerstörung der Sowi-Fakultät, taucht ein neuer Plan auf: nicht nur die bislang diskutierten 8,5%, sondern 17% soll dabei jede (!) Fakultät erst einmal erbringen.

...Seite 2

...außerdem in dieser Ausgabe:

- **Bachelor – Master of Disaster:** Einführung der BA/MA-Studiengänge (Seite 3)
- **Alles kritisch oder was?** - Kritische Wissenschaft (Seite 4-5)
 - **Was ist Basisdemokratie?** (Seite 6-7)
 - **Die Geschlechtermatrix –**
 - **Grundbegriffe der Kritik an Geschlechterverhältnissen** (Seite 8-9)
 - **Sprache als HERRschaft** (Seite 8-12 unten)
 - **zum „Gender Mainstreaming“** (Seite 10)
 - **Termine** in den nächsten Wochen (Seite 11)
 - **Ziele des BB** für den AstA (Seite 12)



Studiengebühren rücken näher!

Das Land hat mit Beschluss des Niedersächsischen Landtags vom 9.12. den Weg für Studiengebühren frei gemacht. 500 Euro pro Semester sind es zunächst.

Hinzu kommen die bereits bestehenden Kosten, so dass ca. 700 Euro zu jedem Semesteranfang überwiesen werden müssen.

Ab dem Wintersemester 2006/07 müssen alle, die dann immatrikuliert werden, zahlen. Für die bereits eingeschriebenen beginnt das Bezahlstudium ab Sommersemester 2007. Für die sog. Langzeitstudierenden - also jene, die die vorgeschriebene Studiendauer um vier Semester überschritten haben - erhöhen sich die Strafgebühren auf 600 bis 800 Euro pro Semester. Je nach Länge der „Überziehung“.

Für alle, die sich die real 700 Euro nicht leisten können, gibt es die Möglichkeit privat Kredite aufzunehmen. Die Höhe der Zinsen wird auf 6% - 10% veranschlagt.

Warum Studiengebühren abzulehnen sind und warum Kredite nichts mit Sozialverträglichkeit zu tun haben, wurde schon hinlänglich argumentiert (siehe: www.bb-goettingen.de/?npage=36).

Mit dem Beschluss des Landtages wird nun aber die Dringlichkeit von Protest einmal mehr deutlich. Nur weil der Landtag diesen wissenschaftsfeindlichen Unsinn nun in ein Gesetz gegossen hat, ist das für uns noch lange kein Grund den Widerstand gegen Studiengebühren aufzugeben. Bis zu ihrer tatsächlichen Erhebung bleibt noch einige Zeit. Zeit, die wir nutzen sollten, um Formen des Widerstands zu entwickeln. Wenn sich die Eintreibung von Studiengebühren als nicht durchsetzbar herausstellt, werden diese schneller wieder verschwinden als sie gekommen sind. Wer nun glaubt, diese Perspektive sei unrealistisch: 1987 (!) wurde bereits versucht, Studiengebühren in Niedersachsen einzuführen - der Protest war so stark, dass sie nicht durchgesetzt werden konnten.

kalle@bb-goettingen.de

Das Einmaleins der Töpfchenbildung – Sparen als Disziplinierung

So langsam verdichtet sich eine neue Strategie des Präsidiums. Vielleicht überrascht vom großen Druck der Öffentlichkeit gegen die gezielte Zerstörung der Sowi-Fakultät, taucht ein neuer Plan auf. 17 Prozent ihres Budgets muss dabei jede(!) Fakultät erst einmal erbringen.

Das Präsidium plant, davon jeweils die eine Hälfte für einen universitätsweiten und die andere für einen fakultätsweiten Topf zu verteilen. Das Geld soll dann auf zu stärkende Bereiche wieder verteilt werden. Also doch nicht wirklich sparen?

Doch. Denn das Geld muss ja erst einmal irgendwo her, und damit ist klar, dass ganze Fachbereiche eingestampft werden, anders sind 1/5 des Fakultätsetats nicht aufzutreiben. Auf die braucht dann auch nichts mehr verteilt werden, sie gibt es dann ja nicht mehr.

Der Sinn dahinter, ist in der Ökonomisierung der Universität zu suchen. Denn irgendwie muss eine Konkurrenz der Fakultäten und Fachbereiche installiert werden. Was wirkt da besser als mit einem Goldtopf am Ende des Regenbogens herumzuwinken, und dabei die Kriterien aufzustellen, welche Fakultät die Glückliche sein kann?

Gefangen von der Konkurrenzblindheit, werden die Fakultäten sich wahrscheinlich nicht mehr einig gegen solche Pläne stellen. Divide et Impera.

Den Schlechten am Schöpfchen, den Guten das Töpfchen?

Welche Bereiche es in den einzelnen Fakultäten dabei trifft, ist noch völlig unklar. Denn die Kriterien, sofern sie überhaupt wissenschaftlich Sinn machen, entbehren in ihrer Begründung zunächst jeglicher Nachvollziehbarkeit.



Picken wir uns die Wiwi-Fakultät heraus, und versuchen festzustellen, welche Fachbereiche es treffen könnte. Die BWL ist gerade hinsichtlich ihrer Forschungsaktivitäten schlecht evaluiert, hat natürlich aber gegenüber dem Fachbereich VWL mehr Anziehungskraft für Studierende. Das verdeutlicht sich im Studierendenverhältnis von 4 BWLerInnen auf 1 VWLerIn. Würde das Kriterium der Forschung herangezogen werden, müsste die BWL eingestampft werden. Da das aber dem Profil der Universität massiv schaden würde, trifft es wohl eher die VWL. Es geht hier, auch im Sinne der Durchsetzung von Bachelor und Master, um die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt, die Verwandlung der Universitäten in einen Unternehmen, das frei am Bildungsmarkt konkurrieren soll. Nicht um Wissenschaftlichkeit und die Suche nach Wahrheit.

Alle Fachbereiche/Fakultäten, die marktwirtschaftliche Interessen nicht bedienen können, also keine verwertbare Forschung oder/und keine Relevanz für den Arbeitsmarkt haben, werden mit massiven Einschnitten zu rechnen haben und von den Töpfchen nichts erhalten.

Durch die neue Strategie, es den einzelnen Fakultäten zu überlassen, wie sie das Einsparvolumen erreichen, soll der Gehorsam gegenüber dem Präsidium sicher gestellt werden. Es soll verhindert werden, dass sich die Fächer gemeinsam gegen die „Umstrukturierungspläne“ des Präsidiums stellen, indem Einigen in Aussicht gestellt wird, als Sieger aus dem Prozess der sog. Profilbildung hervor zu gehen. Sollte das Präsidium mit diesen Plänen Erfolg haben, wird die Uni Göttingen in einigen Jahren nicht mehr wieder zu erkennen sein. Es wird hier keine integrierte Forschung und Lehre mehr geben, die im Sinne einer Volluniversität, sowohl Natur- als auch Geistes- und Sozialwissenschaften umfasst. Stattdessen wird hier zukünftig spezialisiert dem Arbeits- und Forschungsmarkt zugearbeitet. Noch kann diese Entwicklung verhindert werden. *Dafür braucht es aber massive Interventionen und einen endlich einen AStA, der diese sowohl argumentativ als auch materiell unterstützt. Das allein ist Grund genug, vom 17.01 - 20.01. wählen zu gehen.*

stefke@queerriot.de

Bachelor – Master of Disaster

Die Probleme bei der Einführung des Lehramts-Bachelor bestätigen die meisten Vorbehalte. Ein Blick auf das, was auf uns zukommt:

Die Diskrepanz zwischen Rhetorik und Wirklichkeit könnte kaum größer sein, als bei der aktuellen Einführung des Bachelors. Mehr Interdisziplinarität sollte er fördern. Die Mobilität der Studierenden erhöhen, und das Studium effizienter gestalten. Zumindest der letzte Punkt war ja ohnehin ein fragwürdiges Unterfangen. Stellt sich doch die Frage, wie diese Effizienz bestimmt werden sollte. Sicherlich gibt es viele Möglichkeiten, die Lerneffizienz zu steigern. Z.B. durch gute Personal- und Materialausstattung, durch gut bestückte Bibliotheken uvm. Wenn jedoch „Effizienzsteigerung“ durch die Veränderung der Lehrstruktur bei sinkender finanzieller Ausstattung auf dem Programm steht, ist Vorsicht angesagt. Wir sollten uns fragen, was damit gemeint ist. Das wird deutlich, wenn man die Strukturveränderungen etwas genauer unter die Lupe nimmt.

Schlechtere Bedingungen + schneller Studieren = Zwang

Ein Beispiel wie dieser Zwang zukünftig aussehen wird, bieten die *Wirtschaftswissenschaften*.

In der BWL wird zukünftig drei mal gesiebt: nach dem 3ten, dem 5ten und nach dem 9ten Semester. Wer zu diesen Daten nicht eine bestimmte Anzahl von Scheinen nachweisen kann ist raus aus dem Rennen – er oder sie wird *examatrikuliert!* Damit legen die WiWis zwar am restriktivsten vor, aber ähnliche Regelungen sind in anderen Fakultäten auch zu erwarten.

Dies ist insbesondere deshalb dreist, weil es ebenfalls die Struktur des Bachelors ist, die die Studierenden von einem schnellen Studium abhält (von einem selbst bestimmten ganz zu schweigen). Denn durch die starren Vorgaben der Studienstruktur können die Studierenden nicht mehr mit der bisherigen Flexibilität ihre Stundenpläne gestalten. *Durch die klare Abfolge von Pflichtveranstaltungen kommt es zu massiven Überschneidungen.*

Nun sind die Veranstaltungen im Bachelor aber häufiger auf mehrere Semester angelegt (meist zwei), oder werden nur alle zwei Semester angeboten. Wenn eine Veranstaltung in einem Semester verpasst wurde, kann diese folglich erst in einem Jahr nachgeholt werden. Die Uni kann so real das Studium unterschiedlicher Fächerkombinationen nicht mehr garantieren, die sie aber trotzdem anbietet. Die einzelnen Fächer stehen diesem bürokratischen Projekt ebenfalls recht hilflos gegenüber. Und so werden

sich die Studierenden wohl daran gewöhnen müssen, dass die Uni ihnen ein ordnungsgemäßes Studium nicht garantieren kann und ihnen leider mitgeteilt werden muss, dass *„da es eine große Zahl von Fächerkombinationen und Modulen gibt, [...] es nicht möglich [ist], Überschneidungen generell zu vermeiden.“* (Antwort auf eine Anfrage wegen Seminarüberschneidungen) Denn - so die Antwort weiter - Versuche, derartige Überschneidungen zu vermeiden, werden ohnehin nur für die „gängigsten Fächerkombinationen“ gemacht, „zu denen“ die Kombination des fragenden Studierenden „allerdings nicht gehört“. Es wäre verfehlt für solche Probleme die Seminare zu kritisieren, von denen man solche Informationen erhält. *Zu kritisieren ist die irrationale Studienstruktur des Bachelor, die es den Seminaren unmöglich macht, anständig zu planen.*

Die bürokratische Problemlösung

Die Universität plant wegen dieser Probleme, einen sog. „*scheduler*“ einzurichten. Also einen Stundenplanmacher der garantieren soll, dass alle Kombinationen, die angeboten werden, auch studierbar sind. Von diesem scheduler ist bisher keine Spur zu sehen. Doch selbst wenn er seine Arbeit eines Tages aufnimmt, ist es fraglich, ob die Aufgabe, die ihm gestellt wird überhaupt zu bewältigen ist. Denn das Problem, dass die starre Studienordnung keine flexible Zeitplanung mehr zulässt, kann der scheduler nicht aus der Welt schaffen, sondern lediglich mehr schlecht als recht verwalten. In jedem Fall wird dies dazu führen, dass das Studium weiter verschult wird - mit Nachteilen für Lehrende und Lernende. Denn wenn der scheduler zukünftig Stundenpläne vergibt, können die Lehrenden sich ihre Zeit zum Forschen nicht mehr frei einteilen und die Studierenden können sich getrost an die gute alte Schulzeit zurück erinnert fühlen, wo sie am ersten Tag einen Stundenplan ausgehändigt bekommen haben. Wie vor diesem Hintergrund z.B. Studium und Nebenjob vereinbar sein sollen, interessiert die Verantwortlichen offensichtlich wenig.

Interdisziplinarität?

Ein weiteres Schlagwort ohne viel Substanz ist die sog. Interdisziplinarität. Da der Bachelor nun einen sog. Optionalbereich enthält, in dem die Studierenden Kurse frei belegen können, soll es angeblich möglich sein, über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus zu schauen. *An der Philosophischen Fakultät, die wegen ihrer vielen Lehramtsfächer bereits jetzt ausgeprägte Erfahrungen mit dem BA sammeln konnte,*



stellt sich nun heraus, dass diese Offenheit einige Haken hat.

Für viele Fächer an der Philosophischen Fakultät brauchte man bisher ein großes oder kleines Latinum. Wer noch keines besaß konnte es in einem sog. nullten Semester nachholen. Diese Möglichkeit entfällt nun, weil die starren Studienstrukturen ein nulltes Semester nicht mehr zulassen. Zunächst wurde überlegt, dass zukünftig die BA-Studierenden ihren Optionalbereich mit diesem Latinum füllen müssen. Für die LehramtslerInnen entfällt diese Option jedoch, weil ihr Optionalbereich so klein ist, dass das Latinum mit seinem Arbeitsaufwand dort keinen Platz finden würde.

Das allein sagt schon einiges über die Möglichkeiten aus, über den Fachtellerrand hinaus zu schauen. Die Lösung wird nun vermutlich auf einen zusätzlichen Kurs hinaus laufen, für den es wahrscheinlich nicht einmal Leistungspunkte gibt und der zum Teil in der vorlesungsfreien Zeit zu absolvieren ist. Das ist nötig, weil neben dem normalen Studium, für das im Bachelor 40 Wochenstunden Arbeitsaufwand eingeplant werden, keine Zeit für einen zusätzlichen Kurs in der Vorlesungszeit sein wird. So sieht gelebte Interdisziplinarität aus.

Fazit

Alles in allem zeigt sich nach den ersten Erfahrungen mit dem Bachelor noch deutlicher als vor der Einführung: *der Bachelor wird die Qualität der Lehre verschlechtern.* Weder für die Dozierenden noch für die Studierenden hält er entscheidende Vorteile bereit, so dass die Wissenschaftsfeindlichkeit, die diese neue Studienstruktur aufweist, alles andere überwiegt.

Meldet Euch deshalb, wenn ihr Probleme habt, bei Euren Fachschaften. Ihr werdet zwar immer auch individuelle Lösungswege suchen müssen, aber die Probleme, die sich für Euch auftun, müssen in die Debatte um die Zukunft dieser Studienstruktur eingebracht werden, weil so der nötige Druck entsteht, um Freiheiten erkämpfen zu können. Außerdem zeigen diese Probleme am deutlichsten, dass der Bachelor am besten reformiert wird, indem er abgeschafft wird.

kalle@bb-goettingen.de

Alles kritisch oder was?

„Kritische Wissenschaften“ auszubauen ist eine der wesentlichen Forderungen des BB. Auch in den jüngsten Debatten um Kürzungen war dieser Begriff häufig zu hören. Aber was macht eine Wissenschaft eigentlich zu einer „kritischen Wissenschaft“? Welche Existenzberechtigung hat sie?

Anhand der exemplarischen Fragestellung, was Erkenntnis eigentlich ist und aus welcher Perspektive diese möglich ist, können wir uns dem etwas nähern. Was wir als Einzelne tun, bewegt sich in einem bestimmten gesellschaftlichen Rahmen. Dieser Rahmen setzt uns darin bestimmte Grenzen: So hängt es z.B. vom Lehrangebot eines Faches ab, was Studierende dieses Faches für Seminare und Vorlesungen belegen können. Es käme diesen Studierenden absurd vor, eins zu wählen, das gar nicht angeboten wird. Etwas allgemeiner ausgedrückt könnte man davon sprechen, dass es hier eine „objektive Struktur“ (das Lehrangebot) gibt, auf die sich die einzelnen Studierenden als Wahl-„Subjekte“ beziehen. Diese Wahl ist aber selbstverständlich immer durch den Umfang des Lehrangebots beschränkt. Um dieser Beschränkung zu entgehen hätten die Studierenden selbstverständlich die Möglichkeit, Einfluss auf das Lehrangebot zu nehmen, und damit die „objektive Struktur“ verändern.

Gesellschaftliche Objektivität

Was in diesem Falle die „Objektivität“ darstellt, und wie das Subjekt definiert ist, ist in dem oben angeführten Beispiel noch recht deutlich. Offensichtlich ist auch, dass es sich hier um eine *gesellschaftliche* Objektivität handelt, d.h., dass sie von Menschen gemacht und damit änderbar ist.

Schwieriger wird es allerdings, wenn etwas komplexere Verhältnisse in das Blickfeld gerückt werden: Nehmen wir z.B. den „Kürzungszwang“, der im Allgemeinen angeführt wird, um Kürzungen von Sozialleistungen oder des Bildungsektors zu rechtfertigen. Hier ist nicht so einfach einzelne Personen(-gruppen) ausfindig zu machen, die für diesen unglücklichen, aber angeblich „objektiv notwendigen“ Zwang verantwortlich zeichnen

könnten. Vielmehr scheint es auf den ersten Blick, als hätten wir es mit einem „Naturgesetz“ zu tun: Die wirtschaftliche Lage sei hart, daher brauche es Steuererleichterungen und entsprechend zusammengekürzte Haushalte, die dieser Wirtschaft wieder auf die Sprünge helfen würden. Und wie jedeR Studierende weiß, der oder die einmal eine wirtschaftswissenschaftliche Vorlesung besucht hat, seien eben diese „objektiven Gesetze“ der Ökonomie nun mal die „Naturgesetze“ des wirtschaftlichen Handelns.

Diese Begründung ist allerdings selbst vor dem Hintergrund jener Gesetze der Ökonomie nicht ganz haltbar: Die sog. „Hartz IV“-Reform etwa, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfangenden massiv die Lebensqualität zusammengestrichen hat, verursachte dem Staat letztlich mehr Kosten, als eingespart wurde. Der enorme Ausbau einer teuren Arbeitslosenverwaltung, der die Lebensqualität der Betroffenen zusätzlich durch Verfolgungsbetreuung weiter

verschlechtert, führt das Kürzungs-Argument ad absurdum.

Auch bei den Studiengebühren verweist die geringe Summe, um die es dabei im Verhältnis zum Bildungshaushalt geht, auf eine ganz andere Funktion dieser Reformen: Erzielt werden soll dabei ein Disziplinierungseffekt¹ bei den Betroffenen. Dahinter steht die Wahnidee, dass Grund der staatlichen Haushaltskrisen nur mangelnde Leistungsbereitschaft Einzelner sein kann.

Nicht bestreitbar ist allerdings, dass dem Argument des Kürzungszwangs zwar ein realer Kern inne wohnt. Nur wird diese Verwertungskrise nicht von Einzelnen, sondern von ökonomischen Bewegungsgesetzen hervorgebracht. Da aber diese ökonomische Form als natürlich und unabänderlich scheint, kann sie in dieser ideologischen Wahrnehmung (als Folge der Handlungen von Einzelnen) nie als Problem der objektivierten Struktur selbst reflektiert werden. So lässt sich jener paradox anmutende Umgang mit diesem Problem erklären.

Die Existenz dieser Verwertungskrise rechtfertigt aber keinesfalls die Annahme, dass nun auf einen Schlag politische Handlungsspielräume eingeebnet seien: Das Hartz IV Beispiel zeigt, dass sogar paradoxerweise

im Namen des „Kürzungszwangs“ zusätzliche Ausgaben möglich sind. Ebenso bleibt die Verteilung eine politische Frage: Wenn die Waffenproduktion angekurbelt, aber die Kindergärten, Schulen und Universitäten zusammengestrichen werden, werden hier Spielräume genutzt.

Natur oder Gesellschaft?

Warum scheinen diese ökonomischen Gesetze aber als Naturgesetze? Ein Beispiel: JedeR FirmeninhaberIn, der oder die sich überlegt, sozial zu wirtschaften (über Tarif bezahlen, nie kündigen etc), wird früher oder später daran scheitern. Denn in der Konkurrenz wäre dieses Unternehmen nicht überlebensfähig. Dieses Gesetz wirkt also objektiv und ist keine subjektive Einbildung. Der Schein des Naturgesetzlichen findet seinen Grund also darin, dass wir als Subjekte innerhalb dieser für unsere Gesellschaft objektiv gültigen Struktur in der Tat keine andere Möglichkeit haben, als deren grundsätzlichen Notwendigkeiten zu folgen.

Dass dies aber eine objektiv gültige Struktur nur für diese Gesellschaft ist, kann uns erst bewusst werden, wenn wir diesen Blickwinkel, der sich die Welt „empirisch“ (also durch reine Anschauung) erfasst, verlassen. Andere Möglichkeiten des Wirtschaftens sind möglich, einige wurden bis vor wenigen Jahrhunderten in der Menschheit auch praktiziert. So würde jede andere, vor uns existierende Gesellschaft wahrscheinlich mit Verwunderung den Kopf schütteln, wenn sie beispielsweise sähe, dass sich in unserer Welt Menschen einschränken, sparen, verzichten und sogar verhungern müssen, weil nicht genug Papierscheine (Geld) vorhanden sind oder gar weil schlicht zuviel produziert wird. Diese Gesellschaften würden uns für verrückt erklären, wenn sie sähen, dass die Mehrheit aller Menschen nichts zu essen hat, obwohl Technik und Produktivität alle Menschen der Erde ernähren könnten.

Die oben noch scheinbar als natürlich anzunehmende Tatsache stellt sich hier also als gesellschaftliche heraus: Sie hängt von der Gesellschaft ab, innerhalb derer die Frage gestellt wird.

Von Bewusstsein und Praxis

Bei unserem Lehrangebots-Beispiel trat das Lehrangebot den Studierenden noch „von außen“ gegenüber. Zum einen ist transparent, wer entscheidet, was angeboten wird (Profis, Dozierende). Zum anderen ist klar, wie diese Struktur geändert werden kann. Bei den ökonomischen Gesetzen haben wir es aber offensichtlich mit etwas

1) vgl. „Studiengebühren bereits vor der Einführung ein voller Erfolg“ www.bb-goettingen.de/?npage=341
2) vgl. „Plädoyer für mehr Ideologiekritik an der Uni“ www.bb-goettingen.de/?npage=130

zu tun, dass einen tatsächlich objektiven Charakter besitzt. In diesem Fall aber reproduziert sich die Struktur gerade weil die Einzelnen darin gemäß ihren subjektiven Erfahrungen innerhalb der vorausgesetzten Struktur handeln. Dies scheint rational, da aus der subjektiven Position heraus andere Möglichkeiten gar nicht denkbar sind. Selbstverständlich soll bei dieser Betrachtung nicht unter den Tisch fallen, dass einige mehr und andere weniger Handlungsspielräume und Möglichkeiten haben. Dennoch kann ein „Wille“ der „Privilegierten“ innerhalb dieser Struktur nicht allein für dessen Reproduktion verantwortlich gemacht werden - zumal diese „Privilegierten“ ebensowenig eine besondere Erkenntnisposition inne haben.

Die Verschleierung der Gesellschaftlichkeit, das heißt der prinzipiellen Änderbarkeit dieser Struktur, wird also zur Bedingung dafür, dass diese Struktur immer wieder auf neue von uns allen hergestellt wird. All das ohne dass dies denen, die eine Gesellschaft schaffen, nämlich den Menschen selbst, bewusst sein muss.

Was folgt daraus? Unser Alltagswissen über die Welt ist notwendigerweise zunächst begrenzt. Dieses Wissen kann eventuell die Funktionsmechanismen jener Objektivität reflektieren (z.B. dass „die Kassen leer“ sind), nicht aber *aus dieser Position heraus* erklären, *warum* dies offensichtlich so ist. Ebenso wenig können wir uns *als Einzelne* einfach dieser Objektivität entziehen. Das Bewusstsein des Subjekts ist also so angelegt, dass es *zunächst* ein „falsches“ Bewusstsein vom Wesen der objektiv wirkenden, gesellschaftlichen Struktur und damit auch von der *gesellschaftlichen* Ursache dieses Bewusstseins selbst haben muss. Dieses zunächst „notwendig falsche Bewusstsein“ wird in der Kritischen Theorie unter dem Begriff *Ideologie*² gefasst. „Falsch“ ist hier nicht moralisch zu verstehen, sondern als etwas anderes darstellend (z.B. natürlich statt gesellschaftlich).

Was ist Kritische Wissenschaft?

Besonders Ideologie-anfällig ist die Produktion von Wissen in rein empirisch verfahrenende Wissenschaften, wie z.B. in weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaften oder der empirischen Sozialforschung. Sie stellen nur allzu oft für einen bestimmten historisch-geografischen Moment angeblich objektiv gültige Tatsachen als allgemeingültig dar.

Um aber die Frage nach dem „Warum?“ zu beantworten braucht es stattdessen eine *kritische Wissenschaft*, die in der Lage ist, sich aus der „Frosch-Perspektive“ des einzelnen Subjekts zu lösen, um die gesellschaftlichen Strukturen als Ganzes in den Blick zu nehmen. Diese kritische Wissenschaft wäre mit einer *Kritik* an diesen Strukturen folglich auch in der Lage, den „Alltagsverstand“ des einzelnen Subjekts infrage zu stellen. Die Verarbeitung seiner gesellschaftlichen Verfasstheit stellt zunächst einmal eine *ideologische* Verklärung dar, kann aber durch *Kritik* durchdrungen werden.

Emanzipation

Eine solche Wissenschaft hätte gerade entgegen des momentanen bildungspolitischen Trends die Aufgabe, sich von unmittelbaren „Bedürfnissen“ der Gesellschaft, die sie analysiert, zu lösen: Z.B. kann es nicht ihr primäres Ziel sein, Studierende entsprechend dem Bedarf des Arbeitsmarktes auszubilden. Ziel ihrer Forschung kann es nicht sein, für wirtschaftliche Zwecke verwertbare Ergebnisse zu produzieren. Das betrifft alle Studienfächer. Die Medizin genauso wie die Physik oder die Soziologie. Denn *jedes* Fach vermittelt und produziert Wissen, dass sich unmittelbar auf die Menschen auswirkt. Was also dringend benötigt wird, ist das kontinuierliche Frage danach, welche gesellschaftliche Bedeutung bestimmte Studieninhalte haben. Fragen wie „von was für einem Menschenbild gehen die grundlegenden Theorien in meinem Fach aus“ oder „zu welchem Zweck und was forsche und studiere ich eigentlich?“ sind es z.B., die dabei mitgedacht werden müssen.

Z.B. ist die Frage danach, warum die Bildung kaputt gekürzt wird, keine, dessen Beantwortung ökonomisch verwertbar ist: Niemand kann mit der Beantwortung dieser Frage Geld verdienen, Handlungsspielräume und Erkenntnis aber schon. Als Studierende, sollten wir uns alleine deshalb das Recht, diese Fragen laut zu stellen nicht nehmen lassen. Auch und gerade wenn unser Erkenntnisinteresse den (ökonomischen) Anforderungen dieser Gesellschaft entgegensteht.

Kritische Wissenschaft zieht ihre Legitimation also aus der Möglichkeit, gesellschaftliche Strukturen zu erkennen, um diese dann zum Zweck der *Emanzipation* von gesellschaftlichen Zwängen zu verändern und damit die Lebenssituationen der Menschen zu verbessern.

patrick@bb-goettingen.de /
KatharinaWesenick@freenet.de

Betrifft: Artikel aus der „asta-revista“ Nr. 123

Getroffene Hunde bellen

„Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen“

(K.Tucholsky)

Nach den Ereignissen um den Nazi-Aufmarsch am 29.10.05 in Göttingen waren sich die Beteiligten an den Gegenaktionen einig, dass dieser Tag als Erfolg gewertet werden muss. Über 60 verschiedene Organisationen und Gruppen, unter ihnen Parteien wie SPD und Grüne, Kirchengemeinden, Gewerkschaften und autonome Antifas, war es durch die solidarische Unterstützung und gegenseitige Akzeptanz der verschiedenen Widerstandsformen gelungen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Trotz eines martialischen Polizeiaufgebots und dem vorseilenden Gehorsam seitens der Stadtverwaltung. CDU, ADF und RCDS hatten das Bündnis verlassen weil es ihnen, man höre und staune „zu links-naiv und weltfremd“ war.

Dass gerade diese Klüngel sich jetzt mit großem Geschrei distanzieren, muss eigentlich nicht überraschen. Die permanenten Appelle an das Bündnis, das man selbst im Vorfeld nach Leibeskraften torpediert hatte, sich endlich von dem militanten Widerstand zu distanzieren, wirken auch eher lächerlich.

Gefährlich ist allerdings, auf welcher dummdreiste Art Fakten verbogen (so wird von Gewaltakten gesprochen, die nicht einmal die Polizei erwähnt), Antifa und Nazis gleichgesetzt, und Argumente aus der untersten Schublade gekramt werden, die selbst hartgesottene Revisionisten vermutlich nur unter sich vom Stapel lassen.

Da wir diesem Blödsinn kein zusätzliches Forum bieten wollen, und uns unsere gedruckten Seiten auch viel zu schade für das Immergleiche sind, sei hier lediglich auf eine ausführlichere Auseinandersetzung auf unserer Homepage hingewiesen:

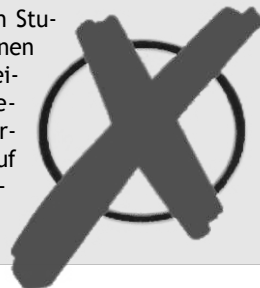
www.bb-goettingen.de/nonazis

Wen wählen wir eigentlich?

Vom 17. bis 20. Januar nächsten Jahres sind wieder einmal Uni-Wahlen.

Gewählt werden vor allem das Studierendenparlament (Stupa) und die Fachschafftsparlamente. Das Stupa wiederum wählt dann den den berühmten AStA, den „Allgemeinen Studierendenausschuss“. Hier passiert der Hauptteil der (institutionalisierten) studentischen Politik - oder sollte er zumindest. Die Fachschafftsparlamente wählen die Fachschafftsräte, die dann in den jeweiligen Fakultäten für die Studierenden „vor Ort“ Ansprechpartner sein sollen. In einigen Fachbereichen ist es darüber hinaus noch möglich, FachgruppensprecherInnen zu wählen, das sind Studierende, die direkt als Ansprechpersonen für ein Fach gelten.

Zusätzlich werden noch die Gremien gewählt, in denen neben Studierenden auch ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen sitzen - mit entsprechender Mehrheit wie sich versteht. Das sind der Senat auf Uni-Ebene und die Fakultätsräte in den jeweiligen Fakultäten.



Fragend schreiten wir voran!

zur Kritik der sogenannten „unideologischen Sachpolitik“

„fragend schreiten wir voran“ lautet der Untertitel der BB-Zeitung seit Bestehen des Basisdemokratischen Bündnisses (BB). Aber wie genau ist dieses Motto zu verstehen? Woher und wohin wollen wir voran schreiten? Und wonach müssen wir weshalb dabei fragen?

Für Pluralismus und Ideologiekritik

(Vgl. „Alles kritisch oder was?“ S.4)

Die Art und Weise, wie wir alle uns selbst und die Gesellschaft sehen, hängt wesentlich davon ab, wie diese Gesellschaft strukturiert ist. Innerhalb dieser Gesellschaft wachsen wir unterschiedlich auf, machen unterschiedliche Erfahrungen und bilden uns daher auch verschiedene Meinungen und „Weltanschauungen“. Diese Meinungen entstehen nicht zufällig, denn „außerhalb“ von Gesellschaft gibt es keine Erfahrungen - sie sind immer von gesellschaftlichen Umständen und Denkmustern geprägt. Unsere Erfahrungen hängen ab von Milieus, Schichten, Klassen, (konstruiertem) Geschlecht, Alter usw.

Vermessen wäre es daher, davon auszugehen, dass es innerhalb dieser Gesellschaft eine bestimmte Erkenntnisposition gäbe, die „ideologiefrei“ wäre. Das BB strebt daher einen pluralen und basisdemokratischen Meinungsbildungs- und Erkenntnisprozess an: Darin müssen verschiedene Ansätze und Position ihren Platz bekommen, denn jede unserer subjektiven Erfahrungen ist begrenzt.

Inhaltliche Auseinandersetzungen

Diese verschiedenen Position können aber nicht einfach nur nebeneinander stehen oder sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen: Um uns aus unseren Beschränkungen und Ideologemen heraus zu winden braucht

es einen kritischen Austausch zwischen diesen verschiedenen Positionen. Das schließt offen ausgetragene Meinungsunterschiede, Kritik und „Streit“ ein - selbstverständlich auf einer inhaltlichen Ebene. So, und nur so kann fragend voran geschritten werden, statt meinentd stehen zu bleiben.

So kann z.B. im Protesten gegen Bildungsabbau nicht davon ausgegangen werden, dass alle Studierenden die gleichen Interessen verfolgen und gleichen Positionen vertreten. Unterschiedliche Analysen können unterschiedliche Ursachen und Ziele beschreiben, um die es im Protest gehen kann.

Analyse, Kritik, Aktion!

Die theoretische Analyse der Gesellschaft kommt ohne eine kritische Auseinandersetzung mit deren ideologischer Verarbeitung, auch bei uns selbst, nicht aus. Als Beispiel sei hier die Ideologie des Sparzwangs genannt. Verändernd wirkt diese Analyse und Kritik aber selbstverständlich erst in dem Moment, wo aus ihr eine emanzipatorische (d.h. diese Strukturen verändernde, davon befreiende) Praxis folgt. Im Falle von Studiengebühren, „Hochschulreformen“ etc. ist diese Praxis der studentische Protest. Eine solche Praxis braucht aber ebenso die theoretische Reflexion und kritische Auseinandersetzung, denn nur die kann uns Auskunft über Ursachen und Ziele, und damit über gangbare Wege geben.

„Hochschulpolitik“ ist „Allgemeinpolitik“

„Hochschulpolitik“ als eindeutig von allgemeiner Politik trennbar zu betrachten, bedeutet, einen einfachen, aber gefährlichen Denkfehler zu begehen: Denn es sind die gesellschaftlichen Umstände und Kräfteverhältnisse, die den Rahmen für Politik an der Uni abstecken. Diesen Umständen und der herrschenden Politik ist jeder, der oder die sich nicht mit sogenannter „Allgemeinpolitik“ auseinandersetzen will, hilflos ausgesetzt. Darüber hinaus spiegeln sich in der Uni auch politische Strömungen und ideologische Denkmuster aus der Gesellschaft wider.

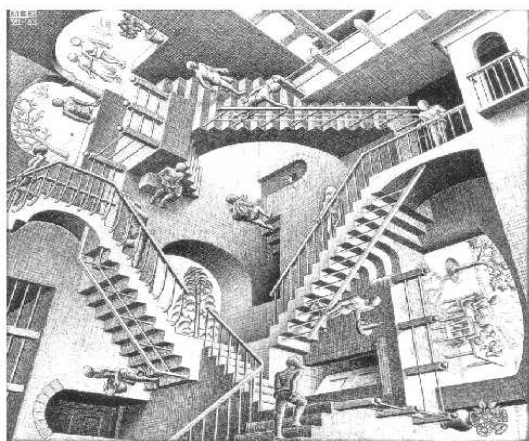
An den Studiengebühren wird dies deutlich: Herr von Figura ist ein vehementer Verfechter der Studiengebühren, da er gerne eine vollere Kasse an der Uni Göttingen sehen würde. Diese Position lässt sich nur dann kritisieren, wenn die Kürzungsprogramme der vergangenen Jahre in den Blick genommen werden: Diese haben systematisch das nun fehlende Geld aus dem Uni-Haushalt verschwinden lassen. Welche finanzielle Ausstattung der Uni Göttingen zu kommt entscheidet maßgeblich die Politik des Landes Niedersachsen. Welche Steuerpolitik sich aus der wirtschaftlichen Lage ergibt bzw. wo Grenzen gesetzt sind, ist maßgebliches Kriterium dafür, welche Mittel dieses Land überhaupt zu vergeben hat¹. Diese wirtschaftliche Lage, und der Umstand überhaupt, dass die Universität abstrakten Reichtum in Form von Geld braucht, um Forschung und Lehre zu betreiben, lassen sich auf Grundkategorien der kapitalistischen Gesellschaft zurückführen².

Dies lässt sich gerne auch noch ein wenig weiter spinnen. Wir sehen an diesem Beispiel, dass eine Hochschulpolitik im studentischen Interesse sich ihrer Handlungsmöglichkeiten beschränkt, wenn sie von vornherein sich auf direkte Einflussmöglichkeiten in den Gremien vor Ort beschränkt. Entscheidende Ansatzpunkte, Strategien und Handlungsmöglichkeiten können dann gar nicht mehr in Betracht kommen. Daher versteht sich das BB auch als Hochschulgruppe immer als politisch, denn die Trennung von „Hochschul-“ und „Allgemeinpolitik“ entpuppt sich bei näherer Betrachtung selbst als ideologisches Konstrukt³.

Die sogenannte Mitte

In der Ideologie der sog. „bürgerlichen Mitte“ wird immer wieder eine altbekannte Denkfigur angeführt, die kritische Positionen ins politische Abseits zu stellen versucht, und dabei eine gefährliche Gleichsetzung mit rechten und rechtsextremen Umtrieben vollzieht. Dieser Denkfigur bedient sich auch die Hochschulpolitische Gruppe ADF, um sich als „neutral“, „objektiv“ und vor allem „unideologisch“ darzustellen: Zunächst wird jedes Jahr zur Wahl die altbekannte „links-rechts“-Schablone über die verschiedenen Meinungen gelegt. Dann wird festgestellt, dass es sowohl „links“ als auch „rechts“ von ihnen abweichende Positionen gibt. Diese erscheinen dann alle als gegensätzliche Ideologeme. Da die ADFlerInnen sich irgendwo in der Mitte verorten, nehmen sie an, dass sie hierbei die „neutralste“ und damit „unideologischste“ Position einnehmen. Auch hier wieder ein einfacher, aber gefährlicher Denkfehler:

Die simple Erkenntnis, dass Meinungen



- 1) vgl auch „Studiengebühren bereits vor der Einführung ein voller Erfolg“ www.bb-goettingen.de/?npage=341
- 2) Diese These kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Zum näheren Verständnis vgl. „Money makes the world go round“ www.bb-goettingen.de/?npage=187
- 3) vgl dazu „Studiengebühren oder: Warum es keine Hochschulpolitik gibt“ www.bb-goettingen.de/?npage=133
- 4) Z.B. rief die ADF in ihrer Publikation „der Wadenbeißer“ zum Boykott der Norddemo in Bremen auf, da weitergehende Positionen vertreten wurden, die einen Protest mit anderen von der Kürzungslogik betroffenen Gruppen möglich machten
- 5) Klar ist, dass die ADF diese Widersprüche in solch offensichtlicher Form nicht so eindeutig produzieren kann, wenn sie glaubwürdig bleiben möchte. Punktuell sah sie sich daher genötigt, ihren eigenen Anspruch aufzugeben, um z.B. gegen Studiengebühren landespolitisch argumentieren zu können. Auch hier selbstverständlich nur so weit als nötig: Dass gekürzt wird war nie Gegenstand ihrer Kritik, immer nur gebrochene Versprechen von LandespolitikerInnen, die Hochschulen davon eher zu verschonen.

und Ansichten vor einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext entstehen, zeigt die Lächerlichkeit dieses Schemas: Was es heißt, „unideologisch“ oder „in der Mitte“ zu stehen, hängt sehr stark davon ab, wie „Mitte“ definiert wird. Da dies von der Gesellschaftsstruktur abhängt, wandelt sich dieser Begriff. In der NS-Zeit z.B. wäre nach dieser Logik all das „ideologisch“ gewesen, was *nicht* völkisch, antisemitisch, rassistisch, sexistisch, nationalistisch etc. ist. Das ist eine logische Konsequenz aus diesem Schema, die mit Sicherheit auch die ADF nicht bewusst vertreten wollen würde.

Die ADF stellt die Sache hier auf den Kopf: Ihr „Durchschnitt“ von Meinungen ist gerade dadurch, dass er eben zunächst aus der Perspektive einer bestimmten Gesellschaft blickt, tendenziell ideologisch. Mitunter kann die „radikalste“ Abweichung, die gerade diese Gesellschaft und ihre Ideologie in die Kritik nimmt, bestimmte Ideologeme als solche entschlüsselt haben. Selbstverständlich reicht Abweichung von der Mitte dafür niemals aus: Andersherum kann eine extreme „Abweichung“ von der Mitte auch eine krasse Perversionierung der Ideologie dieser Gesellschaftsform sein. Ein Beispiel hierfür ist der aktuelle Rechtsextremismus, der den ohnehin schon vorhandenen staatlichen Rassismus nur noch krasser formuliert und ihn verstärken will.

Zur sogenannten Sachpolitik

Um sich als „objektiv“ und ohne jede „ideologische Einfärbung“ zu gerieren, kommt bei der ADF noch ihr technokratisches Selbstverständnis, sie sei „sachorientiert“ hinzu. In diesem Verständnis ist Politik nicht das Aushandeln und die Kritik von verschiedenen Meinungen und Positionen, oder ein Ort, an dem verschiedene Interessen aufeinander treffen. Es geht vielmehr darum, die scheinbar eindeutig und einheitlich bestimmbaren Interessen der Studierenden bestmöglich und „vernünftig“ zu verwalten - selbstverständlich im Rahmen der „Hochschulpolitik“, wie bereits oben diskutiert wurde.

Diese Sachpolitik ist aber nur insofern „neutral“, als sie sich neutral zu den gegebenen Rahmenbedingungen verhält. „Rational“ und „sachorientiert“ kann in diesem Sinne eine Handlung innerhalb dieses gesetzten Rahmens erscheinen, die an sich völlig irrational sein kann. Am Beispiel der Angriffe auf die drei Sowi-Fächer wird dies deutlich: Die ADF kann Herrn von Figura vehement dafür kritisieren, dass er an diesen Fächern kürzen möchte. Ohne aber den Rahmen der Uni-Göttingen zu verlassen kann keine Kritik daran

formuliert werden, dass überhaupt gekürzt wird. Die „Sache“, die die TechnokratInnen der ADF behandeln ist daher nicht „Kürzen an der Sowi-Fakultät“ an sich, sondern „Kürzen an der Sowi-Fakultät im Rahmen der vorausgesetzten Kürzungslogik“.

Die logische Folge wären „konstruktive“ Gegenvorschläge, die an anderer Stelle Kürzungen vorschlagen. Und genau an dieser Stelle schlägt die Verwaltung des studentischen Interesses in ihr Gegenteil um: Die Gegenvorschläge richten sich plötzlich selbst gegen die Interessen der Studierenden. Die „neutrale“ Position bekommt eine Schlagseite: Die Kürzungslogik wird gar nicht erst hinterfragt und entzieht sich jeder Kritik. Die „unideologische“ Sachverwaltung selbst produzieren sich ideologische Scheuklappen: Wer kein Finanzierungskonzept vorlegen kann, wer also nicht positiv sich zu allen bestehenden gesellschaftlichen Strukturen wie der Kürzungslogik positioniert, argumentiert scheinbar „an der Sache vorbei“. Wer eine weitergehende Kritik formuliert wird „unseriös“ und darf als PartnerIn im Protest nicht vorkommen⁴. In diesem Sinne verkehrt sich der Anspruch des „Unpolitischen“ zum Exerzieren einer *bestimmten Politik* an der Uni, die sich aus den immer vorausgesetzten Prämissen der Politik außerhalb ergibt. In diesem Sinne könnte die ADF auch als *idealistisch* bezeichnet werden: Allein durch das Aussprechen der Begriffe ihres Selbstverständnisses (unpolitisch, neutral, unideologisch usw.) wännen sie sich aus dem Schneider. Diese Begriffe beinhalten aber ihrer eigenen Logik zufolge das Gegenteil ihres ideellen Anspruchs, den die ADF daher auf dieser Grundlage nie einlösen können wird⁵.

Für einen basisdemokratischen AStA

In Zeiten, in denen die Bildung und der studentische Lebensalltag durch Studiengebühren, minimalistische und vereinheitlichte Bachelor-Master-Studiengänge, autokratische Umstrukturierungen an der Uni (»starker Präzident«), Kürzungsprogramme, Fächerschließungen, mögliche Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung, Abschaffung des Bafög usw. usf. unter starken Beschuss steht, braucht es eine starke und handlungsfähige Studierenden-Politik. Der momentane AStA konnte dies nur bedingt leisten. Daher braucht es eine *starke, basisdemokratische, emanzipatorische, ideologiekritische und politische Selbstorganisation* der Studierenden im AStA mit dem *Basisdemokratischen Bündnis*.

patrick@bb-goettingen.de

Was heißt „Basisdemokratie“?

Während sich viele hochschulpolitische Gruppierungen als „demokratisch“ bezeichnen, nennen wir uns „basisdemokratisch“. Aber wo genau soll da bitte der Unterschied sein?

This is what democracy looks like

Wenn sich fünf Leute auf dem Campus treffen und mit vier zu eins beschließen, den kleinsten und schwächsten der Gruppe zusammenzuschlagen, dann kann am demokratischen Charakter dieser Entscheidung kein Zweifel bestehen. Die Form von „Demokratie“, die im Studierendenparlament von den Mehrheitsgruppen praktiziert wird, ist in diesem Sinne ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Sie wird hier als technisch ausgefeilter Abstimmungs- und Verwaltungsformalismus betrieben. Die eigentlichen Inhalte stehen nie zur Debatte. Es geht um die reine Form, die dadurch den Inhalt erstickt und ad absurdum führt.

Einen ähnlichen Charakter haben auch die Momente demokratischer Mitbestimmung innerhalb der Universität. Immer geht es um die Formalisierung von Entscheidungsprozessen. Aber auch wenn die Entscheidung, welcher Studiengang zu schließen ist, von einem demokratisch gewählten Gremium getroffen wird - die Frage, ob überhaupt geschlossen werden soll, bleibt stets außen vor. Die Forderung nach möglichst großem Einfluss aller auf die Veränderungen an der Hochschule kann also nicht bei einer simplen Formalisierung von Entscheidungsstrukturen stehenbleiben.

Das Wichtige dabei

Die demokratischen Bemühungen - an der Hochschule ebenso wie außerhalb - haben aber einen Kern, um den zu kämpfen sich lohnt: Das Versprechen, jede und jeden an den Entscheidungsprozessen gleichberechtigt zu beteiligen. Diesen Akzent wollen wir als *Basisdemokratisches Bündnis* stark machen. Dafür kann es natürlich kein Patentrecht geben, wichtig sind uns aber vor allem drei Dinge: Es müssen tatsächlich alle Regeln zur Debatte stehen, alle müssen auf die Vereinbarungen einwirken können, die Folgen für die Einzelnen müssen vergleichbar und vertretbar sein.

Was heißt das?

Wenn wir sagen, dass tatsächlich alle Regeln zu Debatte stehen müssen, dann heißt das: Auch die Ausfinanzierung der Hochschulen. Wenn wir sagen, dass alle die Möglichkeit haben müssen, auf die Vereinbarungen einzuwirken, dann ist das eine Absage an die Kungelosphäre zwischen AStA, Universitätsverwaltung und Ministerialbürokratie, in der angeblich im Sinne von „uns allen“ Verhandlungen geführt werden. Wenn wir sagen, dass die Bedingungen, an all dem teilzunehmen, für die Einzelnen gleich sein müssen, dann heißt das: Es muss vergleichbare Möglichkeiten der Studienfinanzierung geben. Wer den halben Tag jobbt, wird sich kaum in die universitäre Selbstverwaltung einbringen wollen. Mehr Bafög und längere Anrechnungszeiten sind selbstverständlicher Bestandteil basisdemokratischer Politik.

Natürlich sind die Bedingungen nicht so wie oben geschildert. Und natürlich wird auch ein *Basisdemokratisches Bündnis* im AStA nicht von heute auf morgen solche Bedingungen herstellen können. Aber es geht darum, sich ihnen (zumindest schrittweise) anzunähern. Und es geht darum, im Zweifelsfall auf der Seite der Schwächeren zu stehen, wenn diese ihr Gewicht nicht voll einbringen können.

Literatur zum weiterlesen:

Gleicher als Andere.
Eine Grundlegung der freien Kooperation
Christoph Spehr, Berlin 2003

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

Die Geschlechtermatrix

Grundbegriffe der Kritik an Geschlechterverhältnissen

Die Zuordnung in bestimmte Geschlechterrollen mit entsprechender Bevor- oder Benachteiligung ist wohl eines der verbreitetsten und hartnäckigsten Herrschaftsverhältnisse in der Geschichte. Frauen seien aber nun in unserer Gesellschaft gleichberechtigt, heißt es. Und damit sei das Thema erledigt. Formal sind in der Tat einige Fortschritte gegenüber den letzten Jahrhunderten erreicht, doch in der Realität ist eine strukturelle Benachteiligung offensichtlich: Ein Blick auf Gehaltsunterschiede oder die Besetzung von höheren Ämtern und Stellen vermittelt ein anderes Bild. Mit diesem Artikel sollen einige Grundbegriffe geklärt werden, mit denen Geschlechterverhältnisse erfasst werden können.

Mit der Herausbildung der modernen, bürgerlichen Gesellschaft und der damit einhergehenden Industrialisierung, veränderten sich auch die Geschlechterrollen und die damit verbundenen Vorstellungen: Während die Männer als Lohnarbeiter die Produktion in der Fabrik erledigten, wurde den Frauen der häusliche Bereich der „Reproduktion“ zugeschrieben. Die damalige Industrialisierung war zwar auch wesentlich von einer ausgeprägten Frauen- und Kinderarbeit getragen, die aber gerade mittels dieser Zuschreibungen ihre Funktion als „Billiglohn“-Arbeit erfüllen konnte. Denn diese Zuschreibungen gehen mit einer patriarchalen Hierarchisierung einher: Das „Weibliche“ wird gegenüber dem „Männlichen“ abgewertet.

Grundlegend geschlechtlich besetzt und hierarchisiert sind in dieser Hinsicht vielerlei gedankliche Dualismen, die diese Gesellschaft hervorgebracht hat: Natur-Kultur, Privatheit-Öffentlichkeit, Emotionalität-Rationalität, Passivität-Aktivität usw. - Ersteres wird „dem Weiblichen“, letzteres „dem Männlichen“ zugeschrieben. Diese Zuschreibungen strukturierten ebenso die Institutionen jener Gesellschaft: Z.B. sind Ökonomie, Staat und die Politik als „öffentliche“ Sphären nach „männlichen“ Prinzipien strukturiert und entsprechend männlich dominiert, während Hausarbeit, Kindererziehung als „privater Bereich“ mit „weiblichen“ Attributen assoziiert und weitestgehend an Frauen delegiert werden.

Solche Zuschreibungen sollten später mit verschiedensten biologistisch-naturwissen-

schaftlichen Erklärungsmodellen (Gene, Hormone, Hirnstrukturen, Körperbau, Gebärmutter etc.) als „natürliche Ordnung“ gerechtfertigt und in die Geschichte als „immer schon so“ zurück projiziert werden¹.

Kurze Geschichte des Feminismus

Die ersten größeren modernen Frauenbewegungen formulierten bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Widerstand gegen diese Geschlechterordnung. Während Frauen aus höheren Schichten um politischen Einfluss und Zugang zu Bildung und Kultur kämpften, rangen Frauen aus unteren, lohnabhängigen Schichten um eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Die Frauenbefreiung verbunden sie zumeist auch mit einer grundsätzlichen Kritik am kapitalistischen System. Mit der November-Revolution erreichten Frauen 1918 in Deutschland unter anderem das Wahlrecht und Zugang zu Universitäten.

Parallel dazu formierten sich Bewegungen von Homosexuellen, die aber meist nur wenig Anknüpfungspunkte mit den Frauenbewegungen fanden und selbst noch von männlicher Dominanz geprägt waren. Sie kämpften vor allem gegen die in dieser Geschlechterordnung angelegte diskriminierende Zuschreibung als „unnatürlich“, Benachteiligung und Verfolgung, z.B. den §175, der homosexuelle Praktiken unter Gefängnisstrafe stellte.

Im Nationalsozialismus wurden viele der erkämpften Frauen-Rechte wieder zurückgenommen und die Bewegungen weitestgehend zerschlagen. Der §175 wurde verschärft und wesentlich konsequenter verfolgt. Für viele Homosexuelle bedeutete dies der Tod im KZ.

Die „Neuen Bewegungen“ seit Ende der 1960er

In der Bonner Republik wurde es zunächst ruhig um die Geschlechterfrage. Erst mit dem Aufkommen der

„neuen sozialen Bewegungen“ Ende der sechziger Jahre kam wieder Bewegung in die feministische Theorie: Neben Studenten-, Anti-Kriegs- und der späteren Öko-Bewegung gingen von hier auch diverse feministische Strömungen aus. Diese richteten sich zunächst vor allem gegen patriarchale Strukturen in Familie und Staat (insbesondere gegen den §218, der Abtreibung generell unter Strafe stellte) und erkämpften sich Räume, wie z.B. Frauenhäuser, die vor Gewalt schützen und unabhängige Freiräume schaffen sollten.

Der §175, der in der verschärften Nazi-Fassung übernommen² und vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde - überlebende Homosexuelle wurden aus den KZs direkt in bundesdeutsche Gefängnisse zum Absitzen ihrer Strafe verfrachtet - wurde erst unter dem Druck der neuen Bewegungen 1969 entschärft und konnte bis in die 1990er Jahre hinein im deutschen Recht weiter existieren.

Biologie vs. Sozialisation

In den 70er und 80er Jahren differenzierten sich verschiedene feministische Strömungen heraus: Unumstritten war zunächst, dass verschiedene Verhaltensweisen durch Sozialisation bedingt sind. Unterschiedliche Einschätzungen gab es allerdings darin, wie weit biologische oder soziale Faktoren eine Rolle spielen. Die *Essentialistinnen* glaubten unveränderliche, natürliche „männliche“ und „weibliche“ Eigenschaften ausmachen zu können. Die vehementesten Vertreterinnen eines solchen *Differenz-Feminismus* waren die sog. *Ökofeministinnen*, die u.A. die Umkehrung zum „Matriarchat“ („Frauenherrschaft“) anstrebten. Eine andere Position vertreten die etwas später auftretenden *Dekonstruktivistinnen*, die „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ vor allem als soziale Kategorien entschlüsselten.

Sex, Gender & Desire

Begrifflich kristallisierten sich aus dieser Debatte die Unterscheidung zwischen dem biologischen Geschlecht (engl. »sex«), dass nur für

Sprache als HERRSCHAFT

Von „Ja“-sagenden Männern

„Wer A sagt, muss auch B sagen“, so lautet ein Sprichwort. Jedermann mag dieses schon einmal im Leben entgegengehalten worden sein. Der Ex-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, hat Anfang der Achtziger, den deutschen Sprachschatz um eine bedeutsame Variation dieses Sprichworts bereichert: „Wer Ja zur Familie sagt, muss auch Ja zur Frau sagen.“

Wenn ein Mann also Ja zu seiner Familie sagt, muss er sozusagen in den sauren Apfel beißen und auch Ja zur Frau generell sagen. Nicht in den Kopf will mir dabei, dass dieses Ja zu Frauen, abhängig vom Ja zur Familie ist. Vielleicht meint Helmut Kohl ja mit Frau, Ehefrau, aber auch das kann nicht sein. Familie schließt ja die Ehefrau mit ein, und das A sagen impliziert somit schon das B sagen. Auch mag ich nicht verstehen, wenn eine Frau Ja zur Familie sagt, wie sie dann zu Ihrer Ehefrau ja sagen soll, da sie ja meistens keine hat. Alles in Allem, doch eine recht widersprüchliche Version des Sprichwortes. Auflösen lässt es sich mithin nur, wenn Dr. Helmut Kohl als damaliger Kanzler gar nicht zu Frauen hätte sprechen wollen. In dem Sinne steht er ganz klar in der Tradition eines Jahrtausende alten Herrschaftssystem, dem Patriarchat.

Zurück in die Gegenwart

All das liegt schon 20 Jahre zurück, und die feministische Bewegung hat es geschafft ein Bewusstsein für die gegenseitige Bedingung von Sprache und Herrschaft aufzubauen. In einigen Fällen konnten, hart erkämpft, diskriminierende Sprachregelungen bezüglich der Frauen abgeschafft werden. Es ging dabei immer auch um das Identifiziert werden - für Menschen existenziell wichtig. Es geht um die Wahrnehmung, Beachtung und Bestätigung der eigenen Identität. Wir können es nicht ertragen ständig einer Fehlidentifikation zu unterliegen¹. Gerade seit Mead wird unterschieden zwischen einem spontanen Teil des Selbst („I“) und einem sozialisierten Teil („Me“). Dieser sozialisierte Teil des Selbst wird auch Identität genannt, und als Zusammenwirken betrachtet von Identifizierungen durch andere und Selbstidentifikation (Aneignung der Identifizierungen).

Frauen befinden und befinden sich aber in der schizophrenen Lage, dass ihnen sogar die Identität „menschliches Wesen“ nicht bestätigt wurde oder wird, einfach deswegen weil sie als Mitglieder der Spezies Mensch und anderer Gruppen, denen sie faktisch angehören, gar nicht

die Reproduktion (Nachwuchs zeugen und „erziehen“) entscheidend sei und dem gesellschaftlich-kulturellen Geschlecht (engl. »gender«), das sozial hergestellte Geschlechterrollen beschreibt, heraus. Infrage gestellt wurde in der weiteren Debatte vor allem auch die Vorstellung von einem einheitlichen Interesse aller Frauen. Besonders schwarze Frauen in den USA betonten die verschiedene Lebensrealitäten und damit auch eine Verschränkung mit anderen Herrschaftsverhältnissen. Auch in Lesben- und Schwulenbewegung wurde die Debatte geführt, die als weitere Kategorie das sexuelle Begehren (engl. »desire«) in die Theoriebildung mit einfließen ließ.

Zweigeschlechtlichkeit

Ethnologische Untersuchungen entschlossen bereits zu Beginn der Debatte um »sex« und »gender« die zweigeschlechtliche Konstitution des »gender«: Kulturen, die mehr als zwei Geschlechter hervor bringen, widerlegten die grundsätzliche Annahme, es gäbe prinzipiell nur zwei »gender«, die lediglich verschieden gefüllt werden würden. Die Debatte um den dekonstruktivistischen Ansatz wagte sich sehr bald auch daran, die biologische Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen: Die Unterscheidungsmerkmale, die in Biologie und Medizin heran gezogen werden, um das Geschlecht zu identifizieren (Chromosomensatz, Hormonspiegel, innere und äußere Geschlechtsmerkmale etc.), stellen sich bei näherer Betrachtung als nicht so eindeutig heraus, wie gemeinhin angenommen wird: Allein die Bestimmung über den Chromosomensatz ist bereits uneindeutig. So werden einige Menschen mit nur einem X, oder drei X-Chromosomen geboren, einige Menschen mit äußeren „weiblichen“ Geschlechtsmerkmalen, aber einem „männlichen“ XY-Chromosomensatz, angebliche Männer mit „weiblichen“ Hormonspiegel usw.

Die Medizin hat vor allem sog. *Intersexuelle* (Menschen, deren Geschlecht aus der biologischen Definition von Mann und Frau heraus fällt) stets als „biologische Ausnahme“, als Abweichung und somit als „gestörte“ Ausbildung eines der beiden Geschlechter interpretiert. Diese Definition nimmt für Intersexuelle reale Gewalt an: Babys mit nicht eindeutig interpretierbaren Geschlechtsmerkmalen werden oftmals operativ an das Zweigeschlechtermodell angepasst und über Jahre hinweg mit Hormonen „behandelt“.

Diese Definition kann jene Wissenschaft nur vornehmen, wenn die *Zweigeschlechtlichkeit und der alleinige Zweck der Fortpflanzung bereits als unbewiesene Vorannahme vorausge-*

setzt ist. Als „Abweichung“ kann nur vor dem Hintergrund dieser Annahme alles erscheinen, was nicht in das System der zwei Geschlechter hinein passt. Auch Hilfsbegründungen wie etwa, dass es sich um statistisch seltene Fälle handele, kann nicht hinreichend begründen, warum es eigentlich nur zwei Geschlechter geben soll: Nach dem gleichen Prinzip könnten z.B. selten vorkommene grüne Augenfarben als „Abweichung“ definiert werden. Dies passiert aber zum Glück nicht, da hierfür keine vorausgesetzte, gesellschaftlich produzierte Kategorie wie Geschlecht existiert.

Mit der Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit war nun auch der Grundstein dafür gelegt, dass die feministische Theoriebildung emanzipatorische Sprengkraft für *Inter- und Transsexuelle* (Menschen, die sich „dem anderen Geschlecht“ zugehörig fühlen) bietet. Die strenge Unterscheidung von „sex“ und „gender“ hat der Dekonstruktivismus damit aufgegeben und ist dazu übergegangen, auch das scheinbar biologische Geschlecht als eine Projektion gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten. Dabei soll selbstverständlich, um Fehlinterpretationen zu vermeiden, nicht geleugnet werden, dass Menschen unterschiedliche Körper besitzen. Diese sind allerdings nicht eindeutig in zwei Geschlechter kategorisierbar, noch sind daraus soziale Verhaltensmuster ableitbar.

Heteronormativität

In der dichotomen Definition der zwei Geschlechter als gegensätzliche, sich jeweils abschließende, wird immer auch mitgedacht, dass sich das Begehren jeweils auf das entgegengesetzte Geschlecht beziehe: Ein Mann begehrt Frauen, eine Frau begehrt Männer. Mit diesem Verständnis wurden lange Zeit bis heute Lesben und Schwule als „unnatürlich“ oder zumindest „unnormale“ und „abweichend“ wahrgenommen.

Diese Trennung stützt sich neben der Zweigeschlechtlichkeit auch auf eine weitere gesellschaftliche Denk- und Handlungsstruktur, nämlich der Herauslösung von Sexualität, Erotik und Liebe als besondere Formen der Beziehung: Jeder heterosexuelle Mann z.B. wird kaum leugnen, dass er Beziehungen mit Männern führt. Nur werden diese als „Männerfreundschaft“ nicht als gleichgeschlechtliche Beziehungen wahrgenommen, da sie durch ein bestimmtes „Regelsystem“ von „erlaubten“ und „verbotenen“ Umgangsweisen klar von romantischen Beziehungen unterschieden sind.

Dass diese Kategorisierung von „freundschaftlichen“ und „romantischen“ Umgangsformen nicht biologisch determiniert sind, legt bereits

ein Blick in die unterschiedlichen Ausprägungen von männlichen und weiblichen Freundschaften nahe: So ist in unserer Gesellschaft meist der Körperkontakt unter Frauen ausgeprägter als unter Männern. Offensichtlich wird der gesellschaftliche Charakter von exklusiver Heterosexualität als *Norm einer bestimmten Gesellschaft* bei einem Blick in die Geschichte: Z.B. war es bei den antiken Griechen üblich, dass erwachsene Männer sexuelle Beziehungen mit „Jugendlichen“ führten, die als „pädagogischen“ Erzieher-Verhältnis zur „Mannwerdung“ beschrieben werden können. Diese Beziehungen, die von Männern, die üblicherweise auch Beziehungen mit Frauen führten, können mit modernen Begriffen wie Homo-/Heterosexualität, Liebe/Freundschaft usw. überhaupt nicht angemessen beschrieben werden.

Gesellschaftliche Herrschaft und Patriarchat

Vor dem Hintergrund einer solchen Kritik stellt sich die *Kategorie Geschlecht* als ein *gesellschaftliches Herrschaftsprinzip* dar, dass nicht mehr von einem einfachen Unterdrückungsverhältnis mit Frauen auf der einen und Männern auf der anderen Seite ausgehen kann. Vielmehr geht es um verobjektivierte Gedanken-, Handlungs- und Wahrnehmungsformen, denen Menschen jeder geschlechtlicher Zuschreibung unterworfen sind. Diese zwingen uns in bestimmte Rollen, erzeugen bestimmte Bewertungs- und Diskreminierungstendenzen, wirken materiell zurück und lassen uns die bestehenden Verhältnisse jeden Tag aufs neue reproduzieren. Selbst bei einer solchen Analyse müssen wir feststellen, dass allein das Infragestellen uns nicht aus jener Gedankenform heraus hilft.

Die Feststellung, dass dieses Verhältnisse durch uns alle durch geht, heißt aber nicht, dass ein Begriff von *Patriarchat* getrost fallengelassen werden kann: Innerhalb der zweigeschlechtlichen Struktur sind die Geschlechter nicht „auf gleicher Augenhöhe“ angesiedelt, Frauen sind und bleiben auch heute noch strukturell benachteiligt. „Patriarchat“ ist in diesem Sinne auch doppelt zu verstehen: Sowohl als *patriarchale* oder *sexistische* Handlungen von Einzelnen, die durch eine Analyse der gesellschaftlichen Strukturen bestenfalls nachvollzogen, nicht aber entschuldigt werden oder unbekämpft bleiben können, als auch als hierarchisierende, gesellschaftliche und damit „unpersönliche“ Herrschaftsstruktur, die es zu überwinden gilt.

patrick@bb-goettingen.de

wahrgenommen werden².

Das spiegelt sich auf vielen Ebenen wider, so heißt es in der Grundordnung der Universität Paragraph 3: „Die Universität trägt in ihren Aufgabenbereichen aktiv zur Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Menschen bei. Insbesondere fördert sie die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.“⁴³ Hier wird Ja zur aktiven Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen gesagt, doch wie schaut es nun denn aus mit dem B sagen?

In der Grundordnung werden immer wieder auch feminisierende Gruppenbezeichnungen (Hochschullehrerinnen, Mitarbeiterinnen etc.) benutzt. Ein entscheidender Bruch in der Grundordnung tritt dann aber auf, wenn es um Gremien geht. Der öffentlich politische Raum immer noch stark besetzt durch Männer und männliche Prinzipien, wird auch als solcher wahrgenommen und dementsprechend, wenn auch vielleicht unbewusst, so gesetzt. Hier wird dann nur von Hochschullehrergruppe gesprochen, oder der Mitarbeitergruppe.

Noch erstaunter muss frau eigentlich sein, wenn z.B. auf der Startseite der Universitätshomepage nur von Studienbewerber und

Mitarbeiter die Rede ist. Traut sich frau dann als Studienbewerberin, die Verlinkung Studienbewerber anzuklicken, ganz im Bewusstsein eigentlich gar nicht angesprochen zu sein, erfährt sie, dass sie nun eigentlich wirklich nicht gemeint sei. Es ist nur die Rede von EU-Bürger, Gasthörer, Staatsangehöriger usw., immer wieder begegnet frau eigentlich der Nichtbeachtung durch Nichtbezeichnung. Es kann auch nicht gelten dass Frauen nunmal immer mitgemeint seien. Es führt dann zu solch abstrusen Sätzen auf Einladungen der Universität wie: „es kommen alle Professoren mit ihren Frauen.“ Ganz klar sind hier unter Professoren keine Frauen mitgedacht, wieso sollte Mann auch.

- 1) Das bestätigen Bereiche der Schizophrenieforschung (Laing), Kommunikationstheorie (Watzlawick) und der sozialpsychologischen Identitätsforschung (gerade in der Nachfolge von Mead).
- 2) Die zehn Gebote beginnen alle mit einem „Du“ (sollst Vater und Mutter ehren, nicht töten, nicht stehlen ...) und sollen die ganze Menschheit ansprechen. Im 10. heißt es dann aber „Du sollst nicht begehren deines nächsten Weib etc.“, hieraus kann nur geschlossen werden, dass auch mit den vorausgegangenen „Du“s Frauen nicht gemeint waren. Ihnen mehr noch das Mensch sein abgesprochen wird, da sie auf eine Stufe mit Haus, Acker und Vieh gesetzt werden - als Besitztüter des Mannes.
- 3) <http://www.uni-goettingen.de/docs/f802d6e0c571cc1287065a4de0b296e4.pdf>

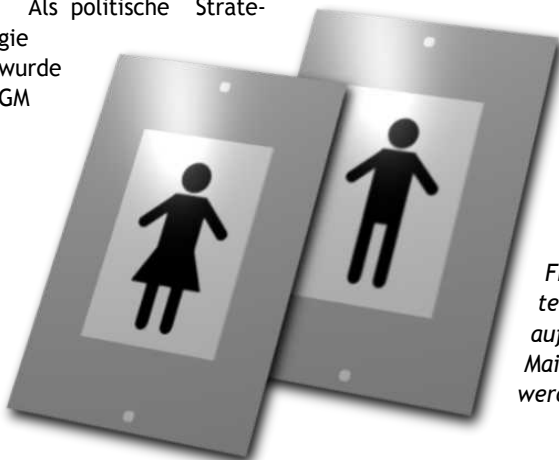
GENDER MAINSTREAMING – ein emanzipatorisches Konzept?

Der Begriff Gender Mainstreaming (im folgenden GM) taucht in der letzten Zeit immer häufiger auf. Doch was steckt hinter diesem Konzept? Was bedeutet es im Konkreten und wem nutzt es? Im Folgendem werden die Ideen, die hinter Gender Mainstreaming stehen erläutert und kritisch durchleuchtet.

Die dritte Weltfrauenkonferenz, die Mitte der 80er Jahre in Nairobi stattfand, setzte sich kritisch mit gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen auseinander, die in großem Maße Frauen benachteiligen. Bis 1995 wurde daraufhin an einem Konzept gearbeitet, dass diesen Ungleichheiten entgegenwirken sollte. Dieses Konzept erhielt den Namen GM und wurde bei der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking als politisch anzuwendendes Gleichstellungsprinzip propagiert.

Der Begriff *gender* bezieht sich hierbei auf die soziale und kulturelle Herstellung von Geschlecht. *Mainstreaming* (»Hauptströmung«) verweist auf die umfangreiche Dimension dieses Konzeptes. Konkret soll auf eine Beseitigung von Ungleichheiten gezielt werden, um eine Gleichheit (EU), bzw. „Gleichstellung“ (BRD) von Frauen und Männern erreichen zu können.

Als politische Strategie wurde GM



1997 durch den Amsterdamer Vertrag (Art.2,3 Abs.2 EGV) an die Mitgliedstaaten der europäischen Union herangeführt. Die Bundesregierung erklärte sich bereit, mit dem in Kraft treten der EU-Richtlinie zur Umsetzung von GM 1998, dieses gleichstellungspolitische Konzept in gesamtpolitische Prozesse mit einzubeziehen. Unterschiedliche gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse sollten so ins Blickfeld rücken:

„Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. [...] Allen Menschen - innerhalb von Organisationen und Gemeinschaften - muss die Möglichkeit eröffnet werden, ihren Beitrag zu leisten zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung und zur Verwirklichung dieser Vision.“¹

Förderung der Gleichstellung? Gemeinsame Vision? - Die fehlende Konkretisierung dieser Definition bietet das Potential zu gesellschaftlich emanzipatorischer Veränderung. Jedoch genauso, und hier sehen wir die Gefahr, für Reproduktion und Verschleierung herrschender hierarchischer Verhältnisse. Um nur ein Beispiel zu nennen:

„Hier [...] wurde zunächst das Frauenministerium und dann die Abteilung Frauen im Sozialministerium aufgelöst, weil man ja Gender Mainstreaming umsetzen wolle. Daneben werden öffentliche Zuschüsse an Frauen-

projekte und Frauenhäuser in vielen Ländern erheblich gekürzt. Projekte und Frauenhäuser mussten bereits schließen.“²

Frauen haben in heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen fortwährend eine benachteiligte Position inne, daher ist es erst einmal wünschenswert auf gesamtpolitischer Ebene herrschende Geschlechterhierarchien aufzudecken, zu thematisieren und diesen entgegenzuwirken. Gleichzeitig bietet GM im Gegensatz zu frauenpolitischen Fragestellungen nicht nur die spezifische Sicht auf Frauen, sondern weitet emanzipative Arbeit auf Männer aus. GM bietet also parallel dazu die Auseinandersetzung mit Stereotypen, Rollenklischees und Konstruktionen von Männern und Frauen. Jedoch ist in Frage zu stellen, inwieweit dieses propagierte Konzept in der Lage ist, Geschlechterhierarchien zu verändern und abzubauen.

Die in der Praxis der GM-Strategien stattfindenden Gendersensibilisierungskurse (deren Inhalte im Konzept nicht ausgeführt sind) können kaum nachhaltige emanzipatorische Veränderungen schaffen. Denn welche Wirkungen können Veränderungen haben, die wie im GM vorgesehen als top-down-Prinzip, das heißt von oben nach unten, vermittelt, bzw. auferlegt werden? Welche Veränderungen werden erreicht, wenn selbsternannte ExpertInnen viel Geld mit Kursen zur „Gendersensibilisierung“ verdienen können, die nie evaluiert, bzw. auf ihr emanzipatorisches Potential überprüft werden?

So kann das Ergebnis von „Gendersensibilisierungskursen“ sein, dass sich das führende Management in Firmen (überwiegend

1) Zitiert aus: http://europa.eu.int/comm/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/general_overview_de.html

2) Zitiert aus: <http://www.frauenbeauftragte.de/bag/schlechte%20zeiten.htm>

Die materielle Gewalt der Sprache und deren materielle Basis

Nun wird an diesen Beispielen schon deutlich, welche Auswirkung Sprachregelungen haben. Am Schweizer Wahlrecht wird das noch deutlicher, so konnten Frauen bis in die 60er hinein nicht wählen, weil das Wahlrecht von „alle Schweizer“ sprach. Erst als diese Formulierung ersetzt wurde durch „alle Schweizer und Schweizerinnen“, wurden Frauen das Wählen ermöglicht.

An diesem Fall wird deutlich, dass eine dominierende materielle Basis von Sprache das Patriarchat ist, und wiederum ständig reproduzierend und verfestigend für das Patriarchat wirkt.

In der Sprache werden unsere grundlegenden Wertvorstellungen kodifiziert, und Trömel-Plötz konnte im Rahmen einer feministischen Wortschatzanalyse über Archilexeme⁴ folgendes feststellen⁵: Bei Personenbezeichnungen, wenn es Archilexeme gibt, sind sie männlich. Bei Nutztieren wird

4) Archilexeme, als linguistischer Term, bezeichnen Wörter die Ober- oder Sammelbegriffe darstellen.

5) Siehe Trömel-Plötz, Senta 1980 „Sprache, Geschlecht und Macht“ und 1982 „Linguistik und Macht“ in Linguistische Berichte

anscheinend das nützlichere Geschlecht zum Archi: HAHN/Hahn; ZIEGE/Ziegenbock. Bei Raubtieren der männliche Gegner des Mannes (das starke Geschlecht?): LÖWE/Löwin; BÄR/Bärin. Bei relativen Adjektiven, das Mehr der jeweiligen Dimension: GROSS/klein; LANG/kurz. Das Archilexem Tag hat gegenüber Nacht die positiveren Konnotationen. Zum Archi wird anscheinend das jeweils Wichtigere, Größere, Positivere. Kein Wunder, dass für Gruppenbezeichnungen des öffentlichen Raums männliche Archilexeme verwendet werden, ist der Mann doch immer noch der wichtigere, größere und bessere Mensch in unserer Gesellschaft.

Sprachliche Ökonomie und die Rede von Ästhetik

In Diskussionen, diese patriarchale Sprache zu verändern, wird immer wieder darauf hingewiesen, wie unästhetisch und schwerfällig die Frauen mit einschließende (eigentlich eher beachtende) Sprache sei. Die Texte würden eine Schwerfälligkeit aufweisen, und der/die LeserIn würde dadurch der Zugang erschwert - eine Argumentation, die u.A. auch von den Hochschulpolitischen Gruppen ADF, RCDS in ihren Publikationen benutzt wird.

männlich) damit auseinandersetzt, wie es zu schaffen ist, Frauen und Männer auf allen Ebenen und in allen Stellungen vertreten zu haben. Konzepte können erstellt werden, die es Frauen erleichtern, Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren, beispielsweise durch firmeninterne Kleinkindbetreuung und flexiblere Arbeitszeiten.

Dies ändert nichts daran, dass Frauen „natürlich“ die Zuständigkeit für familiäre Aufgaben zukommt. Es ermöglicht Frauen nur, trotz, bzw. mit Familie (Reproduktionsarbeit) optimal und effizient in kapitalistische Produktionsabläufe eingebunden zu sein und so effektiv zu funktionieren. Es ändert sich nichts am gesellschaftlichen Ernährermodell: Beispielsweise findet kaum eine Förderung von Männern statt, Elternzeit zu nehmen und somit zeitweise aus dem Berufsleben auszusteigen. Die Frau tritt weiterhin als „Mitverdienerin“ auf und dies wird ihr durch GM erleichtert. GM ändert jedoch nichts an herrschenden Rollenbildern, Frauen erhalten lediglich eine gesonderte geschlechtsspezifische Beachtung. Die unterdrückenden Herrschaftsverhältnisse, die ursprünglich Ausgangspunkt von GM waren, bleiben unangetastet. Patriarchat und Kapitalismus werden nicht in Frage gestellt, ganz im Gegenteil werden durch den marktwirtschaftlichen Vorteil von GM, die herrschenden Systeme noch gefördert.

Ebenso bleibt offen, wie es zu ermöglichen ist, Menschen, die nicht dem hetero- und eurozentristischen Weltbild entsprechen, von ihrer gesellschaftlich benachteiligten Position zu befreien. Das Konzept GM hat gesellschaftlich genormte (bipolare, heteronormative) Lebensläufe von StaatsbürgerInnen zur Grundlage und nur diesen Menschen kommt dieses Konzept auch zu gute.

Um eine Emanzipation aller Menschen erlangen zu können, bietet sich GM, aufgrund der Verhaftung in gesellschaftlich genormte Verhältnisse, in denen undifferenziert „die Frauen“ und „die Männer“ existieren, nicht an.

Es bedarf einer anderen politisch-emanzipatorischen Arbeit jenseits der Einordnung in race, class und gender, einer Arbeit, die frei ist von der Einteilung der Menschen in zwei normierte dichotome Geschlechterkategorien, ein Konzept das herrschaftsfreien Raum schafft für Selbstbestimmung und Selbstdefinitionen.

<ak gender>, ak-gefo@gmx.net

Diese, auf Ästhetik und sprachliche Ökonomie abzielende, Argumente sind in dem Sinne sehr unangemessen, da es zu den menschlichen Grundrechten gehört, als Mensch respektiert und damit auch identifiziert zu werden. Eine frauenignorierende Sprache verletzt somit diese, und die ADF, als sich selbstbetreffende Verteidigerin der freiheitlichen Grundordnung, müsste sich zu dieser Problematik in angemessener Weise positionieren, anstatt es einfach zu ignorieren.

Sprache ist wandelbar, wie alles von Menschen geschaffene, damit ist auch die ästhetische Komponente änderbar, Jede/r Mensch trägt somit eine gewisse Verantwortung. Wer also Gleichberechtigung fordert und will, muss auch in der Sprache eine festigende Struktur des Patriarchats und anderen Herrschaftssystemen sehen und gewillt sein diese zu ändern.

Ein Blick in die Zukunft und von vergessenen Individuen

Wird ein Blick auf den obigen Text geworfen, wird sofort der Eindruck vermittelt, es mag nur zwei Geschlechter geben. Immer wieder wird von uns verlangt Menschen einzusortieren in weiblich oder männlich, egal ob sie sich so selbst identifizieren. Aus vielen Bereichen ist gerade diese Zweige-

Termine in den nächsten Wochen

Do, 5.1., 13:00 // ZHG 008

Vollversammlung der Philosophischen Fakultät VV aller Studierenden an der Philo-Fakultät

Mi, 11.1., 15:30 // Freie Altenarbeit, Am Goldgraben 14

Was hat der Nationalsozialismus mit uns zu tun?

Erinnern in der zweiten und dritten Generation nach dem Holocaust.
Erzählcafé im Rahmen der Göttinger Reihe
»Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus«.

Sa, 14.1., 22:00 // Haus der Kulturen, Hagenweg 2e (hinter der Musa)

Soli-Party für die medizinische Flüchtlingshilfe

Mo, 16.1., 16:00 // Oeconomicum Ü2

Sowi-Frauen-Vollversammlung Wahl der Frauenbeauftragten

17.1.-20.1. // Uni Göttingen

Uni-Wahlen - BB wählen!

Vom 17. bis 20. Januar sind wieder einmal Uni-Wahlen.
Infos zu den Gremien, die gewählt werden, gibt es auf Seite 5.

Sa, 21.1., 22:00 // Juzl (Bürgerstraße 41)

Geburtstags- und Soli-Party des Sozialen Zentrums

Das Soziale Zentrum Göttingen feiert seinen 2. Geburtstag
(www.soziales-zentrum-goettingen.de)

regelmäßige Termine:

Jeden Mittwoch, 18:00 // Treffen vor dem Eingang des Sozio-Öconomicum

Studierende für eine aktive Uni (SaU)

Offene Aktionsplattform gegen Studiengebühren und Bildungsabbau

Jeden Montag, 20:00 // Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72-73

Inhaltliches Treffen der SaU

Wöchentliches Treffen zur Erarbeitung von Hintergründen und Fakten zum Thema Studiengebühren und Bildungsabbau im Kontext politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und historischer Entwicklungen und Tendenzen.

Jeden Montag, 20:00 // Cafeteria der Physik

Norduni aktiv!

Offene Plattform der Norduni gegen Studiengebühren

Jeden Dienstag, 18:00 // Öconomicum, K53

Plenum des Basisdemokratischen Bündnisses

Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt.
Interessierte und Neuzugänge sind immer willkommen.

weitere Termine auf: www.bb-goettingen.de

schlechtlichkeit in Frage gestellt, und immer mehr Individuen, möchten sich nicht in diese beengende zweigeschlechtliche Einfältigkeit einsortieren lassen.

Welche Möglichkeiten bietet Sprache? Es gibt durchaus Ansätze diesen Menschen einen Raum in der Sprache zu geben; sie somit zu sehen und anzusprechen. Durch den Unterstrich: So würde ich Studienbewerber_In schreiben.

Das ist mir alles viel zu viel!

Es ist natürlich schwer, dass alles zu beachten und ad hoc anzunehmen, aber darum geht es hier auch nicht. Es geht um die Bedeutung von Sprache und deren materiellen Auswirkungen. Sprache ist nicht neutral, sondern entsteht aus einem Kontext und wirkt auch in diesen hinein. Es geht darum Sprache nicht als starres System zu begreifen, mit Sprache zu „spielen“, emanzipatorische Ansätze auch in sie hinein zu bringen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Sprache auch zur Benennung von Hierarchien dient. Würde unsere Sprache nur noch eingeschlechtlich sein, bestehe zum Beispiel die Gefahr das bestehende Hierarchien nicht benannt werden könnten.

stefke@queerrriot.de

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

Basisdemokratisches Bündnis

Für freie Bildung!

Ziel von Bildung sollte die eigenständige Auseinandersetzung mit Lehrinhalten sein. Jegliche Durchökonomisierung steht dem entgegen. Also: Gegen die Einführung der B.A./M.A.-Studiengänge. Wir wollen mindestens Diplom und Magister zurück - wenn wir schon kein wirklich frei strukturierbares und an unseren Interessen ausgerichtete Studium haben können.

Für freien Zugang zu Bildung!

Ein freier Zugang zu allen Ebenen des Bildungssystems ist für uns Voraussetzung für eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft. Darum setzen wir uns gegen jegliche Form von Einschränkung bestehender Bildungszugänge ein. Also: Für den weiteren Abbau von Zugangsbarrieren an den Hochschulen. Und: Gegen Studiengebühren!

Für den Erhalt der Bildungsfinanzierung

Wer funktionstüchtige Unis will, soll dafür ausreichend Gelder bereit stellen. Wir sehen nicht ein, dass Studiengänge eingestampft und Zukunftspläne vernichtet werden! Egal, ob es sich um die Landes- bzw. Bundespolitik oder die Kürzungspläne unseres Unipräsidenten handelt. Und: die Kürzungen durch kostenlose studentische Tutorien oder Ein-Euro-Jobs an der Uni, im Studi-Werk oder im AStA aufzufangen sehen wir nicht ein - denn Ein-Euro-Jobs sind Zwangsdienste.

Kritische Wissenschaften fördern!

Zu oft orientieren sich Forschung und Lehre an den Forderungen von Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Dagegen gilt es, einen Begriff von kritischen Wissenschaften hochzuhalten. Wissenschaft sollte versuchen, Zusammenhänge zu denken, nicht vor Fächergrenzen halt machen und auch mal unangenehme Wahrheiten über die Welt um uns herum in den Blick nehmen. Dazu gehört auch die politische und ethische Diskussion über das, was aus den Forschungsergebnissen schließlich gemacht wird.

Für ein breites und qualitativ ansprechendes Studienangebot

Wahlmöglichkeiten sind für die eigene Bildung ebenso wichtig wie Vertiefungsmöglichkeiten. Darum treten wir für mehr Veranstaltungen und Tutorien ein. Aber: Damit diese auch qualitativen Standards genügen, ist das mit einem Mehr an Lehrkräften und gut bezahlten Hilfskräften verbunden. Also: Gegen die Kürzung von Hilfskraftstellen im Zuge der Hochschulkürzungen.

Für eine demokratische Universität Göttingen

Die Unis der BRD wurden nach 1968 mit gutem Grund demokratisiert. Seit dem wir eine Stiftungsuni haben, werden mehr und mehr die Formen demokratischer Mitbestimmung eingeschränkt. Der Einfluss der Studierenden und Lehrenden muss zurück erobert werden.

Für Datenschutz bei Studierenden

Mit der Chipcard für Studierende werden Datenschutzrechtliche Bestimmung und die Rechte jedes Einzelnen mit den Füßen getreten. Weshalb sie an einigen Unis auch wieder abgeschafft wurde. Also: gegen die Weiterführung der Chipcard in ihrer jetzigen Form.

Studentische Seminare fördern!

Früher war es Gang und Gäbe, das auch Studierende sogenannte autonome ("unabhängige") Seminare angeboten haben. So können Themen in die Hochschule getragen werden, die Lehrende von sich aus nicht aufgreifen wollen. In den letzten Jahren kommen diese Seminare wieder verstärkt in Mode. Wir unterstützen die Versuche der Organisation solcher Seminare offensiv und setzen uns für eine funktionsfähige Vernetzung der unterschiedlichen Versuche ein.

Den AStA erhalten und stärken!

Seit Februar 2005 haben die Bundesländer die Möglichkeit, alle Asten abzuschaffen. Wir werden nicht zulassen, dass die demokratische Vertretung der Studierenden angegriffen wird. Darüber hinaus wollen wir einen starken und handlungsfähigen AStA, der politische Forderungen zu stellen in der Lage ist - und diese dann auch durchsetzen kann. Also: gegen die Abschaffung des AStA und gegen die künstliche Trennung von Hochschule und Politik.

Universität als Lebenswelt begreifen

Wir begreifen die Universität als Teil unseres Lebens. Darum möchten wir auch, dass es hier entsprechend aussieht: Dass die Universität davon zeugt, dass wir an ihr studieren und an ihr leben. Das Plakatierverbot muss zurückgenommen werden. 1. Verlieren wir alle dadurch Informationsmöglichkeiten. 2. ist der Anteil der Kommerzialisierung der Uni seit seiner Einführung enorm gestiegen.

Bewusster Konsumieren!

Sich kritisch mit der Welt um uns herum auseinanderzusetzen, heißt auch, zu schauen, was das für unsere Realität bedeutet: Wie ist es eigentlich um die Produktionsbedingungen von dem Kaffee bestellt, den wir morgens vor Seminarbeginn runterspülen? Und wie ist das mit dem Schnitzel, das wir in der Mensa serviert kriegen? Und warum gibt es so wenig fleischlose Mahlzeiten zur Auswahl? Also: FairTrade-Kaffee in den Cafeten, Biofleisch in den Mensen und ein größeres Angebot an vegetarischen Gerichten.

Öko-Referat im AStA

Wir werden uns für einen Umstieg auf sauberen Strom in der Uni einsetzen. Und wer sollte sich sonst um die Einführung von fairem Kaffee und Ökofleisch in der Mensa kümmern?

Gender-Referat im AStA & Stärkung der Frauenbeauftragten

Trotz Gender-Mainstreaming und Frauenbeauftragten gibt es aus der Genderperspektive noch immer viel zu tun. Denn Gender-Mainstreaming orientiert sich hauptsächlich an Verwertungskriterien und Frauenbeauftragte werden in den universitären Gremien noch immer nicht für voll genommen. Ebenfalls in diesen Bereich fällt die Tatsache, dass viele bildungspolitische Veränderungen wie etwa BA/MA Geschlechterhierarchien eher verstärken, statt sie zu verringern. Und: Dass noch immer verbale und körperliche Übergriffe häufig ohne Konsequenzen bleiben, darf nicht so bleiben. Um auf diesen Gebieten voranzukommen, kann auch ein Gender-Referat im AStA ein wichtiger Baustein sein.

Für eine Stärkung der ausländischen Studierendenvertretung!

Gerade finanziell wurde die ausländische Studierendenvertretung in den letzten Jahren massiv geschwächt. Das wollen wir rückgängig machen und sie gleichzeitig stärker in universitäre Diskussionsprozesse einbinden.

Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen!

Während des Nazi-Aufmarsches haben wir gezeigt, dass wir rassistischem, nationalistischem und antisemitischem Gedankengut keine Plattform geben wollen. Wenn Nazis auch dauerhaft in dieser Stadt und an dieser Uni keine Chance haben sollen, muss es auch eine kontinuierliche Arbeit zu diesem Themenfeld geben. Auch Burschenschaften wie die Holminda, die den rechtsextremen Antisemiten Ex-General Günzel zu einem Vortrag einlädt, gehört Paroli geboten. Die unsägliche Zusammenarbeit des derzeitigen AStAs mit der Diskothek "Alpenmax", die für ihren Rassismus in ganz Göttingen bekannt ist, werden wir unverzüglich beenden.

Für eine behindertenfreundliche Uni

Wir finden, dass Studierende mit körperlichen Behinderungen an der Universität immernoch nicht ausreichend bedacht werden und setzen uns für eine Interessengemeinschaft studentischer RollifahrerInnen ein.

Fahrradfreundlicheres Göttingen

Viele Studierende sind mit dem Fahrrad unterwegs. Und viele bekommen regelmäßig Ärger mit der Polizei, weil viele Einbahnstraßen mit dem Fahrrad nicht in beide Richtungen befahrbar sind. Es wäre also im studentischen Interesse, sich gegenüber der Stadt dafür einzusetzen, das mehr Einbahnstraßen mit dem Fahrrad in beide Richtungen benutzt werden dürfen.

Kinder- und Elternfreundliches Studium ermöglichen

Studieren mit Kind ist nicht immer leicht. Aber es gibt viele Möglichkeiten, hier Erleichterungen zu schaffen: Dazu gehört ein größeres Angebot an Wickelräumen in der Uni. Dazu gehört auch eine bessere Bekanntmachung der schon vorhandenen Räume. Dazu gehört auch eine Verbesserung von Kinderbetreuungangeboten an der Uni und eine finanzielle Unterstützung von studierenden Eltern. Einiges dazu kann der AStA leisten, anderes kann von den übrigen Selbstverwaltungsgremien (Fakultätsrat, Senat) vorangetrieben werden.

Gleichberechtigung bei der Bücherausleihe

In vielen Bibliotheken können sich Lehrende auch dann Bücher ausleihen, wenn das für Studierende nicht möglich ist. Letztere stehen dann dumm da und müssen sich nach Alternativen umsehen. Also: Keine Bevorzugung von Lehrenden bei der Bücherausleihe!

+++ Ziele des BB im AStA +++

+++ Ziele des BB im AStA +++



Wählt Liste 2!

Basisdemokratisches Bündnis

Für einen starken und handlungsfähigen AStA!

Wahl zum Studierendenparlament vom 17.-20. Jan '06



www.bb-goettingen.de